

Stellungnahme der LK Österreich

zum „Offenen Brief“ des UBV Steiermark vom 31.12.2021

„Eine Inflationsabgeltung wäre wünschenswert und gerechtfertigt im Sinne der Bäuerinnen und Bauern. Wir setzen uns sehr für gute finanzielle Rahmenbedingungen ein, letztendlich wird aber über das EU-Budget und den Agraranteil in Brüssel entschieden. In diesen Verhandlungen auf europäischer Ebene ist es aber gelungen, den ursprünglichen Vorschlag der Kommission mit deutlichen Kürzungen für die Landwirtschaft in eine moderate Erhöhung der Mittel für die österreichische Land- und Forstwirtschaft zu drehen. Das ist kein Grund für Jubel, aber zumindest anzuerkennen.

Gerade weil wir wissen, dass die öffentlichen Gelder der GAP in der politischen Diskussion oft sehr kritisch diskutiert werden, legen wir größten Wert darauf, dass ein zunehmender Anteil des Einkommens aus der Produktion kommen muss.

In einer freien Marktwirtschaft ist es nicht möglich, Preise politisch zu vereinbaren. Wir versuchen aber durch Organisation der Branchen, Gespräche mit den Handelsfirmen, effektives Marketing und Drängen auf Herkunftskennzeichnung, einen größeren Wertschöpfungsanteil für unsere Bäuerinnen und Bauern zu erreichen. Die Forderungen nach Inflationsabgeltung mag in der Diskussion gut ankommen und Applaus beschern, höhere Preise für die Bauern hat man damit aber noch nicht erreicht.

Die Finanzierung der Sozialversicherung ist zugegeben eine große Herausforderung für die Betriebe. Als Interessenvertretung drängen wir aber nicht nur auf sparsame und effiziente Verwaltung der vereinnahmten Beiträge, sondern auch darauf, dass die Bauern im Bereich der Unfall-, Kranken- und Pensionsversicherung eine gute und verlässliche soziale Absicherung haben. Für die bäuerlichen Pensionistinnen ist sicherzustellen, dass sie ein Alter in Würde erleben können. Wer heute die Sozialversicherungsbeiträge in Frage stellt, produziert die Altersarmut von morgen. 2/3 der Beiträge fließen in die eigene Pension und erzielen dort eine Verzinsung, wie bei keiner anderen Anlageform. Dafür ist aber auch ein entsprechender Eigenfinanzierungsbeitrag erforderlich.

Im bäuerlichen Bereich überwiegen aufgrund der kleinen Betriebsstruktur unterdurchschnittliche Pensionen. Gerade die kleinen Pensionen wurden in den letzten Jahren überdurchschnittlich angehoben, das fiktive Ausgedinge wurde gesenkt und damit die Nettopensionen erhöht. Auch im Zuge der Steuer- und Entlastungspakete der letzten Jahre sind uns gerade im bäuerlichen Bereich einige Entlastungen gelungen (Senkung Mindestbeitragsgrundlage, Senkung Beitragssatz, höhere Anrechnung mitversicherter Kinder).

Im internationalen Handel drängen wir weiterhin mit Nachdruck darauf, dass unsere hohen Standards auch für importierte Waren gelten, was auf europäischer Ebene wieder in den Fokus gerückt wird. Wir fordern einen fairen Ausgleich an den Außengrenzen der EU, im europäischen Handel setzen wir auf die verpflichtende Herkunftskennzeichnung, damit die Konsumenten eine bewusste Entscheidung treffen können. Begleitend wollen wir das AMA-Gütesiegel stärken. Mag sein, dass man mit Verboten und Vorschriften für Konsumenten und Handel mehr Applaus erhält. Ob diese Forderungen in einer freien Marktwirtschaft realistisch sind, darf trotzdem bezweifelt werden. Zur Stabilisierung der Einkommen haben wir den öffentlichen Beitrag für Versicherungen auf 55% erhöht. Gerade in Zeiten zunehmender Klimaverschlechterung und -schäden ein wesentlicher Beitrag, um den uns andere europäische Länder beneiden.

All das sind viele Puzzlesteine unterschiedlicher Größe, die in Summe das Auskommen der Bäuerinnen und Bauern erleichtern. Natürlich bleibt die Landwirtschaft trotzdem jedes Jahr eine massive Herausforderung. Gerade in der Pandemie ist aber die Wertschätzung für unseren Beruf in der Bevölkerung gestiegen. Wir werden alles versuchen, um mit dieser Wertschätzung auch Wertschöpfung und somit eine Verbesserung der land- und forstwirtschaftlichen Einkommen zu erreichen.“

Stellungnahme der LK Österreich vom 13.01.2022